

Niederschrift

Gremium	Sitzung - VW/030(V)/13			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Freitag, 25.10.2013	Hasselbachsaal	15:00Uhr	17:00Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 30. 08. 2013 - öffentlicher Teil
- 4 Beschlussvorlagen
 - 4.1 Haushaltsplan 2014
- Stellenplan 2014
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung DS0108/13
 - 4.2 KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH
BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen DS0411/13
- 5 Verschiedenes

Anwesend:

Vorsitzende/r

Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Hans-Dieter Bromberg

Stadtrat Martin Rohrßen

Vors. des Stadtrates Beate Wübbenhorst

Stadtrat Frank Schuster

Stadtrat Reinhard Stern

Stadtrat Hugo Boeck

Stadtrat Oliver Müller

Stadtrat Hans-Jörg Schuster

Stadtrat Jürgen Canehl

Stadträtin Karin Meinecke

Stadtrat Hubert Salzborn

Verwaltung

Frau Dr. Anne Ignatuschtschenko

i.V.f. SR Wähnelt

i.V.f. SR Theile

i.V.f. SR Schwenke

Abwesend:

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Wigbert Schwenke

Stadtrat Frank Theile

Stadtrat Sören Ulrich Herbst

Stadtrat Wolfgang Wähnelt

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift vom 30. 08. 2013 - öffentlicher Teil

Die Niederschrift wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses einstimmig bei 4 Enthaltungen **bestätigt**.

In diesem Zusammenhang nimmt Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, Bezug auf die zum TOP 6.1 Verschiedenes – Sondernutzung – erteilte Beantwortung des Beigeordneten für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung und merkt kritisch an, dass diese keine Beantwortung seiner Fragestellung sondern nur eine Feststellung beinhaltete. Er legt dar, dass eine Sondernutzung beantragt werden muss. Fraglich für ihn sei, ob hier eine Kontrolle seitens des Fachbereiches 32 erfolgt, dass eine entsprechende Genehmigung durch das Tiefbauamt erteilt wurde. Mit Hinweis auf die kommende Freiluftsaison bittet er darum, die Thematik weiter unter Beobachtung zu halten.

4. Beschlussvorlagen

4.1. Haushaltsplan 2014 - Stellenplan 2014 Vorlage: DS0108/13

An diesem Tagesordnungspunkt nehmen der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz sowie die Leiterin des Fachdienstes Personal- und Organisationsentwicklung Frau Jeanvré teil.

In seinen Erläuterungen zum Stellenplanentwurf 2014 verweist der Beigeordnete Herr Platz auf die den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses vorliegenden ergänzenden Unterlagen (Organigramm, Veränderungsliste, Zusammenstellung der Stellenanzahl im doppischen Haushalt) und legt dar, dass maßgeblich hierbei die in der Veränderungsliste beschriebenen Zuwächse bzw. Veränderungen sind.

Erläuternd führt er aus, dass sich in der Summe ein Zuwachs von 46,1 Stellen ergibt. Dieser resultiere aus der Beendigung personalwirtschaftlicher Maßnahmen, insbesondere aus dem Auslaufen der Verträge zu verkürzten Arbeitszeiten als Anreiz für eine Einsparung von Personalkosten. Derzeit werde versucht Mitarbeiter dazu zu bewegen, auch ohne finanziellen Ausgleich einer Arbeitszeitverkürzung zuzustimmen. Dies gelinge auch in einigen Fällen. Im Weiteren benennt er als Gründe für Stellenaufwüchse in den einzelnen Dezernaten das neue KiFöG, IT-Verfahren, Aufgabenübertragungen und Beschlüsse des Stadtrates zur Aufgabenerfüllung.

Hinsichtlich des Stellenaufwuchses führt Herr Platz aus, dass diese Entwicklung bereits im 4. Jahr in Folge zu verzeichnen sei. Bis vor 4 Jahren konnte ein Stellenabbau vorgenommen werden. Jetzt sei jedoch feststellbar, dass in vielen Bereichen kein weiterer Abbau mehr möglich ist und neue Aufgaben dazu führen, dass für deren Erfüllung zusätzliches Personal gebraucht werde. Mit Hinweis auf die auch in anderen Kommunen bestehende Personalsituation legt Herr Platz dar, dass die Zeit der Personaleinsparungen vorbei sei. Für eine qualitative und leistungsstarke Verwaltung muss das erforderliche Personal vorhanden sein.

Abschließend informiert Herr Platz zur Berechnung des Stellenaufwuchses, dass sich dieser aus 19,5 Stellen durch Beendigung personalwirtschaftlicher Maßnahmen und 42,2 Stellen durch zusätzliche Aufgaben abzüglich 15,6 gestrichener Stellen errechnet.

In der sich anschließenden Diskussion hinterfragt Stadtrat Bromberg, SPD-Stadtratsfraktion, die Gründe, dass im Bereich Kulturförderung zwei Stellen nicht erwähnt wurden und für den Wegfall einer Stelle Streetworker.

Hinsichtlich der Stellen im Bereich Kulturförderung verweist der Oberbürgermeister auf die Beschlussfassung des Stadtrates zur DS0214/13 – 2. European Choir Games 2015 – hier zwei befristete Stellen zu schaffen.

Bezüglich der Stelle für Streetworker verweist der Oberbürgermeister auf ein vom Beigeordneten für Soziales, Jugend und Gesundheit initiiertes Projekt zur Streetarbeit und informiert, dass seitens des Jugendamtes selbst vorgeschlagen wurde, dass die Stelle Streetworker im Stadtbezirk Nord nicht mehr benötigt wird.

Insbesondere verweist er darauf zu beachten, dass in diesem Bereich insgesamt 11 Stellen dazu gekommen sind.

Stadtrat Hans-Jörg Schuster, FDP-Fraktion, legt seine Auffassung dar, dass Schnittstellen zum Bürger nicht wegfallen dürfen und bezeichnet hier einen Stellenaufwuchs als verständlich. Er hinterfragt eine Prüfung hinsichtlich der Möglichkeit, aus tiefen Verwaltungsstrukturen Mitarbeiter herauszulösen und direkter an die Bürgerarbeit zu bringen sowie den Stellenaufwuchs zu begrenzen.

Klarstellend legt der Beigeordnete Herr Platz dar, dass dies seit Jahren unentwegt geprüft werde. So konnte die Anzahl der Stellen von ca. 5000 in den vergangenen Jahren drastisch reduziert und die Verwaltung effizienter gestaltet werden. Problematisch dabei erweise sich jedoch, dass bei der Erfüllung neuer Aufgaben kaum Reserven bei Personal bestehe. Er versichert, dass jeder entsprechende Antrag aus den Fachressorts intensiv geprüft werde. Herr Platz legt dar, dass, wenn sich die städtische Haushaltssituation verschlechtern sollte und weitere Personalkosteneinsparungen vorgenommen werden sollen, gesagt werden müsse, welche Aufgaben nicht mehr erfüllt werden können.

Der Oberbürgermeister legt seine Auffassung dar, dass großflächige Stellenreduzierungen nicht mehr vorgenommen werden können. Hinsichtlich der von Stadtrat Schuster hinterfragten Verwaltungsstrukturen macht er darauf aufmerksam, dass z.B. Mitarbeiter des Dezernates für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr nicht für Aufgaben im Sozialbereich eingesetzt werden können.

Bezug nehmend auf Seite 13 des Stellenplanes – Verwaltung B. Arbeitnehmer – hinterfragt Stadtrat Salzborn, Fraktion CDU/BfM, die hier aufgeführten zwei Schlosserstellen.

Hierzu informiert der Oberbürgermeister, dass diese Stellen im Schiffshebewerk angesiedelt sind. Insgesamt besteht die personelle Ausstattung im Schiffhebewerk aus diesen beiden Schlosserstellen sowie einem Leiter.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, befindet den Wegfall der Stelle des Streetworkers im Stadtbezirk Nord für nicht gut. Er merkt kritisch an, dass bisher den verbleibenden Streetworkern keine Gelegenheit gegeben wurde, im Jugendhilfeausschuss ihre Sicht zur Arbeit der Streetworker vorzutragen. Ebenso sei ihm nicht bekannt geworden, dass ein Konzept erstellt wurde, wie diese die Arbeit des ausgeschiedenen Mitarbeiters mitmachen sollen. Er sieht es als bedenklich an, dass mit Auslaufen einer konkreten Besetzung auch die ganze Arbeitsaufgabe wegfällt. Mit Hinweis auf die vor 10 Jahren erfolgte Beschlussfassung einer Dezentralisierung dieser Aufgaben hinterfragt er eine jetzt gewollte Zentralisierung.

Der Oberbürgermeister führt aus, zu dieser Problematik keine Aussage treffen zu können. Hierzu müsse seitens des Beigeordneten für Soziales, Jugend und Gesundheit Auskunft erteilt werden. Er sagt zu, die Problematik an den zuständigen Beigeordneten zu leiten.

Bezug nehmend auf Seite 2 der Lesehilfe verweist Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, auf eine falsche Formulierung bezüglich des Wegfalls von Stellen im Bereich Sozial- und Wohnungsamt und macht darauf aufmerksam, dass das Frauenhaus nicht geschlossen sondern übertragen wurde.

Der Oberbürgermeister merkt an, dass diese Formulierung gestrichen wird.

Zur Nachfrage von Stadtrat Müller hinsichtlich der Gründe für eine Reduzierung der ausgewiesenen Azubi-Stellen verweist der Beigeordnete Herr Platz darauf, dass in der Stadt Magdeburg nach wie vor über Bedarf ausgebildet wird. Ergänzend erläutert Frau Jeanvré, dass der erforderliche Bedarf immer festgestellt wird, wenn die Azubis ihre Ausbildung beendet haben. So konnte festgestellt werden, dass diese Stellen nicht benötigt werden. Herr Platz verweist darauf, dass sich diese Situation in den nächsten Jahren wieder anders darstellen kann und es sich nicht um einen Trend handelt.

Weiterhin nimmt Stadtrat Müller Bezug auf die Begründung „Lösung Personalproblem“ für eine zusätzliche Psychologenstelle im Amt 53. Auf seine Nachfrage bestätigt der Oberbürgermeister, dass hier die Personalie Amtsleiter betroffen ist.

Hinweis: Stadtrat Frank Schuster, Fraktion CDU/BfM, trifft zur Sitzung ein.

In Beantwortung der Nachfrage des Stadtrates Müller hinsichtlich des Abzeichnens der generellen Situation zu Altersteilzeitverträgen informiert Frau Jeanvré, dass es keine neuen Verträge gibt. Es werde davon ausgegangen, dass sich die Situation der Verträge bis 2020 gegen Null entwickelt.

Zur Nachfrage des Stadtrates Stern, Fraktion CDU/BfM, hinsichtlich der Entwicklung unbesetzter Stellen erläutert der Beigeordnete Herr Platz, dass im Jahr 2012 insgesamt 86 unbesetzte Stellen zu verzeichnen waren, für die Erbringung der Konsolidierungsleistungen jedoch mehr als 100 Stellen erforderlich wären. Aktuell handelt es sich mit Stand 30. 09. 2013 um 27 Stellen, wobei hier eine erhebliche Fluktuation vorliegt und es auch immer wieder unterschiedliche Stellen sind. Er informiert, dass zu dieser Thematik halbjährlich berichtet wird.

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, hinterfragt die Bedeutung der Formulierung pW.M.

Der Oberbürgermeister aus, dass diese Formulierung „personalwirtschaftliche Maßnahmen“ bedeutet und erläutert, dass diese Maßnahmen auf Grund ihres Auslaufens ihrer zeitlichen Begrenzung zu einer Erhöhung des Stellenanteils führen.

Stadtrat Canehl begründet seine Auffassung, dass sich die Stadt den Wegfall einer Stelle Streetworker gar nicht leisten kann und verweist auf die Wichtigkeit dieser Arbeit.

Zu dieser Problematik informiert der Oberbürgermeister, seit Jahren den Beigeordneten für Soziales, Jugend und Gesundheit damit beauftragt zu haben eine Analyse zu erstellen und Schlussfolgerungen vorzulegen, ob alle Streetworker gebraucht werden. Diese konkrete Analyse liegt bisher jedoch noch nicht vor. Er legt seine Auffassung dar, dass bei dem derzeitigen Personalbestand eine Streetworkerstelle umgewandelt werden kann.

Mit Hinweis auf einen zu verzeichnenden Geburtenanstieg macht Stadtrat Canehl darauf aufmerksam, dass, wenn heute bereits Grundschulplätze fehlen, auch in absehbarer Zeit entsprechende Kita-Plätze fehlen werden und bittet, dies zukünftig zu beachten.

Zum kritischen Hinweis des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, dass die DS0120/13 - Infrastrukturplanung Jugendarbeit – 2. Planungsschritt zur Entwicklung der Kinder- und Jugendarbeit 2014 bis 2015 – noch nicht dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorlag, informiert der Oberbürgermeister, dass diese Drucksache Bestandteil der Tagesordnung des Stadtrates am 07. 11. 2013 sein wird.

Im Weiteren informiert der Oberbürgermeister über eine erforderliche Änderung im Stellenplan im Ergebnis seiner Beratung zur Umsetzung des KiFöG mit der AL'in 51, dem Beigeordneten für Soziales, Jugend und Gesundheit und dem Leiter FB02. Hinsichtlich der Einführung der Gebühren wurden jetzt die ersten Bescheide verschickt.

Insbesondere verweist er darauf, dass eine Stellenaufstockung im Jugendamt nicht mehr erforderlich ist und die Stellen im Forderungsmanagement sowie in der Vollstreckung zunächst einen Sperrvermerk erhalten. Erst wenn ein großer Arbeitsaufwand feststellbar ist, werden diese Stellen freigegeben.

Im Weiteren zitiert der Oberbürgermeister folgenden Antragstext:

Der Stadtrat möge beschließen:

In den Stellenplan 2014 werden zusätzlich folgende Stellen aufgenommen:

2 Stellen SB Zentrales Forderungsmanagement in der Besoldungsgruppe A 10 L2

2 Stellen SB Vollstreckung in der Besoldungsgruppe A 8 L 1

Alle Stellen erhalten einen Sperrvermerk und werden entsprechend der Entwicklung der Fallzahlen freigegeben.

Die Deckung der Personalkosten erfolgt über die Verringerung der Sachkostenpauschale für die freien Träger.

Begründung:

Durch die Entscheidung des Stadtrates zur Kostenbeitragserhebung durch die Landeshauptstadt Magdeburg für alle Kitas und Horte entsteht im Fachbereich 02 – Finanzservice – dauerhaft ein Stellenmehrbedarf für die Bearbeitung von Stundungen, Niederschlagungen und Erlassen der Kita-Kostenbeiträge sowie für die Vollstreckung.

Abschließend merkt der Oberbürgermeister an, dass sich somit nur ein Stellenaufwuchs ergibt, aber kein Aufwuchs der Kosten.

Hinweis: Die Änderung wird als Änderungsantrag DS0108/13/4 des Oberbürgermeisters dem Ausschuss FG am 22. 11. 2013 sowie dem Stadtrat am 09. 12. 2013 zur Beschlussfassung vorgelegt.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 7 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme, bei 5 Enthaltungen dem Stadtrat, den Stellenplan unter Beachtung der vorliegenden Änderung in seiner Sitzung am 09. 12. 2013 zu beschließen.

4.2. KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH Vorlage: DS0411/13

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Leiter des Fachbereiches 02 Herr Dr. Hartung teil.

Zur Drucksache besteht kein Diskussionsbedarf.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 11 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 1 Enthaltung dem Stadtrat, die DS0411/13 in seiner Sitzung am 05. 12. 2013 zu beschließen.

5. Verschiedenes

5.1. Dachmarkenkampagne „Ottostadt Magdeburg“

Stadtrat Salzborn, Fraktion CDU/BfM, spricht seine Gratulation zur Preisverleihung für die Dachmarkenkampagne als „Stadtmarke des Jahres 2013“ aus. Er legt seine Auffassung dar, dass hierdurch auch bisherige Kritiker vom Erfolg der Kampagne überzeugt werden konnten.

Der Oberbürgermeister merkt an, dass die Preisverleihung von einer bundesweiten Anerkennung zeugt.

5.2. Bombenfund in Magdeburg

Stadt Stern, Fraktion CDU/BfM, spricht seine Anerkennung für die Organisation der Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Bombenfund in Magdeburg aus. Kritisch merkt er an, dass im Internet bereits um 21.15 Uhr auf der Seite der Magdeburger Volksstimme über die erfolgreiche Entschärfung der Bombe und die damit wieder mögliche Rückkehr der evakuierten Bürger informiert wurde, während auf der Internetseite der Stadt Magdeburg erst ca. eine Stunde später die entsprechende Information veröffentlicht wurde.

Der Beigeordnete Herr Platz zeigt sich verwundert über diese Aussage und führt aus, dass in der Stadt um 21.15 Uhr der entsprechende Anruf der Polizei einging und diese Information nach seiner Kenntnis durch die Pressesprecherin zeitgleich ins Netz gestellt wurde.

Der Oberbürgermeister legt dar, dass die Volksstimme zuerst durch die Polizei informiert wird, aber parallel dazu auch die Information an die Stadt erfolgt. Er sagt zu, die geschilderte Problematik prüfen zu lassen.

Zur Nachfrage des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, zur Höhe der verursachten Kosten für die Evakuierung führt der Oberbürgermeister aus, diese nicht zu kennen.

Der Beigeordnete Herr Platz verweist darauf, dass die Entscheidung zur Einrichtung der Sperrzonen seitens der Polizei getroffen und die Stadt um Amtshilfe gebeten wurde. Er legt seine Auffassung dar, dass aus diesem Grund Ansprechpartner hinsichtlich der Kosten das Land sein müsste. Ebenso sei dies für ihn ein klassischer Fall von höherer Gewalt, so dass ggf. eingetretene Schäden selbst getragen werden müssen. Er geht davon aus, dass die reinen Einsatzkosten, die der Stadt entstanden sind, auch von ihr getragen werden.

Der Oberbürgermeister verweist auf eine erforderliche rechtliche Klärung, da hinsichtlich der Zuständigkeiten unterschiedliche Auffassungen bestehen.

5.3. Leitung der Stadtbibliothek

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, hinterfragt die Verfahrensweise zur Neubesetzung der Leitungsposition und verweist darauf, dass auch in absehbarer Zeit ein Wechsel der Leitung des Gesellschaftshauses ansteht.

In Beantwortung der Nachfrage informiert der Oberbürgermeister, dass die Stelle des Fachdienstleiters Bibliotheken ausgeschrieben und die Stellenbesetzung dann Gegenstand der Beratung im Verwaltungsausschuss sein wird.

Stadtrat Müller verweist auf die für ihn bestehende Wichtigkeit, dass die Ausschreibung auch überregional erfolgt.

Hinsichtlich der Leitungsposition Gesellschaftshaus informiert der Beigeordnete Herr Platz, dass hierzu derzeit entsprechende Abstimmungen erfolgen und deshalb noch keine konkreten Aussagen möglich sind.

5.4. Sondernutzung

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, hält es nicht für gut, wenn seitens der Verkehrsbehörde am Hasselbachplatz die gesamte Fläche vermietet wird und legt seine Auffassung dar, dass, wenn ein Fahrradweg vorhanden ist, dieser freigehalten werden muss.

Der Beigeordnete Herr Platz gibt den Hinweis, dass hinsichtlich der erteilten Genehmigungen das zuständige Tiefbauamt um Auskunft gebeten werden sollte.

Der Oberbürgermeister legt dar, die geschilderte Problematik zur Kenntnis zu nehmen und prüfen zu lassen, was tatsächlich genehmigt wurde.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dr. Lutz Trümper
Vorsitzender

Andrea Behne
Schriftführerin